

Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 1987
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Bremen

„Mit Mut in die Zukunft“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 23. Mai 1987)

**Wahlprogramm
der F.D.P.
Bremen**

1987

**Mit Mut
in die Zukunft**

F.D.P.
Die Liberalen

D1-627



Liebe Bremerinnen!
Liebe Bremer!

In wenigen Tagen, am 13. September, entscheiden Sie, wie die künftige Politik in Bremen aussehen soll. Jeder von Ihnen weiß, Bremen steht vor schier unlösbar scheinenden Problemen. Schulden, die jede Vorstellung übersteigen, abnehmende Bevölkerung und wachsende Arbeitslosigkeit. Wie konnte Bremen überhaupt in diesen Teufelskreis geraten?

Bis Anfang der 70er Jahren hatten wir eine blühende Stadt, finanziell gesund, wirtschaftlich stark mit dem Ruf, liberal und weltoffen zu sein.

Seitdem die SPD mit absoluter Mehrheit allein regiert, trat an die Stelle hanseatischer Verlässlichkeit im Denken und Handeln ideologische Besserwisserei und Selbstüberschätzung. Die SPD machte Bremen zu einem Experimentierfeld für sogenannte "Bremer Modelle" in der Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Das alles wurde finanziert durch ständig steigende Schulden. Man hätte sich die Einsicht eines Wilhelm Kaisen gewünscht, unter dem immer ein nicht der SPD angehörender Kaufmann Finanzsenator war.

Die Bremer SPD verwechselt ständig ihr Parteiinteresse mit dem Allgemeinwohl. Ein bestimmtes Parteibuch ist wichtigster Befähigungsnachweis für eine Stelle in Staat und Verwaltung.

Bremen hat nur dann wieder eine Chance, wenn Sie dieser falschen Politik ein Ende setzen. Wenn wieder Weltoffenheit, Liberalität und das Finanzgebaren eines soliden bremischen Kaufmanns bestimmende Richtschnur der Politik werden. Ich weiß, ohne fremde Hilfe durch Bund und Länder sind die finanziellen Probleme nicht zu lösen. Aber wer fremde Hilfe fordert, muß zunächst eigene Fehler beseitigen. Dazu ist die SPD nicht bereit.

Geben Sie Bremen die Chance zu einem neuen Anfang.

Wählen Sie am 13. September die F.D.P. *)

Mit herzlichem Gruß

Claus Jäger
Spitzenkandidat der Bremer F.D.P.

*) Liste 8

INHALTSVERZEICHNIS:



I. BREMEN BRAUCHT EINE BESSERE POLITIK

- Reform der politischen Institutionen Seite 1
- Wiedergewinnung von Handlungsspielräumen durch solide Finanzpolitik Seite 3

II. WIRTSCHAFT, UMWELT

- Ökonomie und Ökologie - kein Gegensatz Seite 6
- Wirtschaft Wandel beschleunigen, Wettbewerbsfähigkeit schaffen Seite 6
- Mittelstand konsequent fördern Seite 7
- Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur Seite 8
- Häfen und Schifffahrt auf hohem Niveau stabilisieren Seite 9
- Bremen muß attraktiver werden Seite 12
- Wohnungsbaupolitik Seite 13
- Umweltpolitik
Umweltschutz ist Staatszielbestimmung Seite 13
- Neuorganisation des Umweltschutzes Seite 13
- Gewässerreinigung Seite 14
- Luftreinigung Seite 15
- Lärmbekämpfung und Verkehrsberuhigung Seite 15
- Verbesserung des Radwegenetzes Seite 15
- Bodenschutz Seite 16
- Müllentsorgung Seite 16
- Förderung der Umweltechnologie Seite 16

III. BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KUNST

- Schule und Bildung Seite 18
- Schularten und Schulstufen Seite 19
- Berufliche Bildung und Ausbildung Seite 21
- Lehrerbildung, -fort und -weiterbildung Seite 21
- Hochschulen Seite 22
- Kulturpolitik Seite 23

IV. LIBERALE GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

- Gleichberechtigung	Seite 25
- Gleichberechtigung durch Erziehung	Seite 26
- Gleichberechtigung in Ehe und Familie	Seite 26
- Gleichberechtigung im Beruf und im öffentlichen Leben	Seite 27
- Freiräume für Kinder und Jugendliche	Seite 27
- Jugendarbeitslosigkeit	Seite 28
- Aktives Alter	Seite 29
- Behinderte integrieren	Seite 31
- Gesundheitspolitik	Seite 32

V. LIBERALE RECHTSPOLITIK

- Konflikte friedlich lösen	Seite 34
- Datenschutz ist Rechtsstaatsgebot	Seite 35
- Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung, Opferschutz	Seite 35
- Justiz, Strafverfolgung, Strafvollzug	Seite 36

I. Bremen braucht eine bessere Politik

Als die F.D.P. 1971 wegen der ideologisch einseitigen Universitätspersonalpolitik der SPD aus der Regierung ausschied, war Bremen wirtschaftlich und finanziell eine der gesündesten Städte Europas.

Heute, nach 16 Jahren sozialdemokratischer Regierung, steht Bremen mit der höchsten Arbeitslosenquote aller Bundesländer, über 12 Milliarden DM Schulden und einem bundesweit stark belasteten Image vor einem Scherbenhaufen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Entgegen sozialdemokratischen Beteuerungen und Schuldzuweisungen sind sie aber nicht nur in weltwirtschaftlichen Krisen und Verwerfungen der 70er Jahre und dem bundesrepublikanischen "Süd-Nord-Gefälle" zu sehen. Entscheidend sind vielmehr eine Reihe hausgemachter Fehler. Diese liegen insbesondere auf den Feldern der Wirtschafts-, Finanz- sowie Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Auch im Bereich des politisch administrativen Systems, in der Verwaltung, im gesamten Öffentlichen Dienst, sind tiefgreifende Fehlentwicklungen festzustellen.

Die F.D.P. fordert:

1. Eine Reform der politischen Institutionen und der Verwaltung

Entscheidende Ursache für die Schwierigkeiten, in die Bremen und Bremerhaven geraten sind, ist die Gleichsetzung von Parteiinteressen der SPD mit dem Staatswohl. Wichtige Entscheidungen fallen nur pro forma durch Senat und Bürgerschaft; tatsächlich entscheiden Ortsvereine und Unterbezirke, die niemandem als sich selbst verantwortlich sind. Für die Besetzung von Funktionen ist nicht die Qualifikation maßgebend, sondern der Gesichtspunkt von Postenschieberei und Genossenfilz.

Ein struktureller Fehler der SPD-Politik der letzten Jahre liegt auch in der ständigen Zunahme öffentlich-rechtlicher und damit bürokratischer Strukturen. Statt mehr Privatinitiative zu ermöglichen und damit die innovativen Kräfte zu fördern, wurde der Öffentliche Dienst immer mehr aufgebläht:

In den letzten 15 Jahren ist die Zahl der öffentlich-Bediensteten um 30 % angewachsen, die Bevölkerungszahl dagegen um 10 % gesunken.

So stehen wir heute vor der absurden Konsequenz, daß immer weniger Bürger von immer mehr öffentlich-Bediensteten versorgt werden.

Es ist Bremen-typisch, daß selten klar abgegrenzte Kompetenzen und Verantwortlichkeiten vorhanden sind. Der Strukturwandel von Staat und Wirtschaft aber erfordert eine politische Führung mit Entscheidungskompetenzen und Entscheidungskraft und nicht politisches Mittelmaß.

Die F.D.P. fordert:

- Die Verkleinerung des Senats.
- Die Abschaffung der "Inzuchtklausel" des Art. 75 der Bremischen Landesverfassung, wonach nur Personen, die seit mindestens einem Jahr in Bremen wohnen, in die Bürgerschaft gewählt bzw. zum Senator bestellt werden können.
- Die Richtlinienkompetenz für den Präsidenten des Senats.
- Die Umgestaltung der Bremischen Bürgerschaft zu einem Abendparlament nach Hamburger Vorbild.
- Die Reduzierung der Zahl der Deputationen entsprechend der Verringerung der Senatsressorts.
- Eine wirksame parlamentarische Demokratie fordert die Sicherung der Rechte parlamentarischer Minderheiten vor dem Machtmißbrauch der Mehrheit. Kleine Parteien dürfen durch das Wahl-Zählverfahren nicht benachteiligt werden. Die Einführung des Zählverfahrens nach Hare-Niemeyer bei der parlamentarischen Sitzverteilung wird diesem Anliegen am ehesten gerecht.
- Die Modernisierung und Rationalisierung der Verwaltungsabläufe. Dazu sind moderne Bürotechnologien einzuführen sowie Angebote und Anreize für die Mitarbeiter zur Höher- und Weiterqualifizierung zu entwickeln.
- Die Änderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes. Die nebulöse Allzuständigkeit der Personalräte ist durch einen klaren und abschließend aufgeführten Kompetenzkatalog zu ersetzen. Außerdem ist das aufwendige und kostentreibende Schlichtungs- und Einigungswesen für Konfliktfälle zu vereinfachen.

Außerdem sind dezentrale Strukturen sowie Ansätze der Bürgerbeteiligung zu fördern:

- Die Direktwahl der Beiräte bei klarer Definition ihrer Kompetenzen ist notwendig, um den Bürgern einen größeren Einfluß auf die kommunale Politik zu ermöglichen.
- Durch das Kumulieren und Panaschieren erhält der Wähler die Möglichkeit, mit mehreren Stimmen Kandidaten verschiedener Parteien zu wählen. Außerdem kann er die Reihenfolge der Liste einer Partei verändern, indem er einzelnen Kandidaten mehrere Stimmen gibt.
- Ausländische Mitbürger, vor allem aus der EG, die schon mehrere Jahre bei uns leben, sollen ein kommunales Wahlrecht auf Beirats-ebene erhalten.
- Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Bürgervereine sind begrüßenswerte Beispiele für weniger Staat und mehr Eigeninitiative. Sie sind zu stärken.

2. Wiedergewinnung von Handlungsspielräumen durch eine solide Finanzpolitik

Die Verschuldung Bremens steigt unaufhörlich an. Sie hat bereits einen Stand von mehr als 12 Milliarden DM erreicht. Dies entspricht einer in der Bundesrepublik unerreichten Pro-Kopf-Verschuldung von etwa DM 17 000. Tagtäglich ist eine Zinszahlung von etwa DM 2 Millionen fällig.

Dieses finanzpolitische Desaster ist nicht vom Himmel gefallen. Es war vielmehr schon in den 70er Jahren absehbar. Die bisherige, nun schon etwa 5 Jahre andauernde "Sparpolitik" des Senats erfolgt jedoch weitgehend konzeptionslos, nach dem Rasenmäherprinzip und selten am Einzelfall orientiert. Dementsprechend wurde bislang noch kein Sparziel erreicht.

Die für die Wirtschaft, aber auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wichtigen Investitionen lagen lange Zeit auf einem absoluten Tiefpunkt.

Die Netto-Kreditaufnahme lag zwischen 1981 und 1986 über den Investitionen. In dieser Zeit wurde jedes Jahr gegen die Vorschriften der Landeshaushaltsordnung verstoßen.

Es darf nicht verschwiegen werden:

Haushaltspolitischer Handlungsspielraum wird nur durch einschneidende und dauerhafte Konsolidierungsmaßnahmen wieder zu erlangen sein. Diese Maßnahmen werden bis weit in die 90er Jahre hineinreichen und Politikern, öffentlich-Bediensteten und Bürgern Opfer zumuten, die über die bisherigen Sparprogramme des Senats hinausgehen. Die Politik des Schuldenmachens muß gebremst werden, da sie letztlich einen Eingriff in die Zukunftschancen unserer Kinder bedeutet.

Die Bremer F.D.P. hält eine Sanierung der bremischen Haushalte nur dann für realisierbar, wenn sie im Rahmen eines Gesamtkonzeptes erfolgt, das u. a. folgende Elemente enthält:

- Eine Sanierung der bremischen Finanzen kann nur mit Hilfe des Bundes und der anderen Bundesländer erfolgen.

Bremens Politik gegenüber den anderen Ländern und dem Bund muß sich an diesem Ziel orientieren. Es macht keinen Sinn, die Partner, von denen man diese Hilfe erwartet, in anderen politischen Fragen ständig vor's Schienbein zu treten.

Die Sicherung der Selbständigkeit von Bremen und Bremerhaven, die Wiedergewinnung einer Zukunftsperspektive sind ohne Hilfe von Bund und Ländern unmöglich.

Die F.D.P. unterstützt daher die berechtigten Ansprüche Bremens auf zusätzliche Unterstützung durch Bund und Länder.

Die Bremer F.D.P. wird aber nicht zulassen, daß SPD und Senat überzogene Forderungen stellen und den Bund und andere Länder für Versäumnisse verantwortlich machen wollen, die ihre Ursache ausschließlich in der verfehlten Finanzpolitik der SPD in den letzten 16 Jahren haben.

- Alle staatlichen Aufgaben sind vorurteilsfrei daraufhin zu überprüfen, ob sie ganz entfallen, durch Private oder mit weniger Mitteln erledigt werden können.

Leitlinie muß es sein, den Versorgungsstand der Bevölkerungsentwicklung und -struktur den finanziellen Gegebenheiten Bremens anzupassen.

- Ein Schwerpunkt der Bemühungen muß bei der Kostensenkung liegen und hier insbesondere bei den Personalkosten für den öffentlichen Dienst, die etwa 40 % des Etats ausmachen.
Zur Vermeidung von Entlassungen ist die Fluktuationsrate auszu-schöpfen. Am Einstellungsstopp ist im Prinzip festzuhalten mit Ausnahme für den hoheitlichen Bereich, z. B. Polizei.
Darüber hinaus ist bei öffentlich Bediensteten verstärkt für die Abgabe von Arbeitsstunden zu werben, um dadurch - im Grundsatz kostenneutral - Neueinstellungen zu ermöglichen. Die Bereit-schaft dazu ist durch eine zweckgebundene Verwendung der so er-sparten Mittel zu fördern.

- Zur Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes und zur Aufgaben-entlastung der Öffentlichen Hand fordert die F.D.P. u. a.
 - * die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen (z. B. Behör-dendruckereien, Gebäudereinigung und Müllabfuhr);
 - * die stärkere Einbeziehung von Wohlfahrtsverbänden und anderen gemeinnützigen Institutionen bei Betrieb und Unterhalt von sozialen und Gesundheitseinrichtungen.

II. Wirtschaft, Umwelt

Ökonomie und Ökologie - kein Gegensatz

Ökonomie und Ökologie dürfen nicht länger als Gegensatz begriffen werden. Die Entwicklung zeigt: Wirtschaftspolitik hat immer auch eine umweltpolitische Dimension, und der Schutz der Umwelt erhält eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung.

Zum einen ist die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, wie Erfahrung zeigt, allein durch Ge- und Verbote nur begrenzt zu erreichen. Vielmehr muß es für Unternehmen wirtschaftlich interessant gemacht werden, Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen. Der Produktionsfaktor Natur muß zum betrieblichen Kostenfaktor werden. Es müssen Anreize geschaffen werden, auch nach Unterschreiten der Verschmutzungshöchstgrenzen die Umweltbelastung weiter zu senken.

Auf der anderen Seite liegt gerade in der Entwicklung und Produktion von Anlagen zur Senkung der Schadstoffbelastung (z. B. Filter) eine große Chance zur Gründung neuer Betriebe und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

In diesem Sinne fordert die F.D.P. die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft, in der wirtschaftliche Effizienz mit dem Schutz der Umwelt und der Schonung der natürlichen Ressourcen verbunden werden. Dies ist zugleich eine Zukunftschance für Wirtschaft und Umwelt in Bremen.

1. WIRTSCHAFT

Den Wandel beschleunigen, Wettbewerbsfähigkeit schaffen

Bremen ist weiterhin ein Brennpunkt der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet. Die Strukturkrise um die alten Industrien ist noch nicht überwunden. Bremen braucht eine grundlegende wirtschaftliche Erneuerung. Alle hier erfolgenden Ansatzpunkte müssen unterstützt werden. Kleine und mittlere Unternehmen sind im Verbund mit technologieorientierten Großunternehmen die Wachstumsträger der Zukunft.

Es ist darauf zu achten, daß bürokratische Hemmnisse und wettbe-

werbsverzerrende Steuer-, Abgaben- und Beitragslasten, insbesondere die Hebesätze der Gewerbesteuer, zugunsten kleinerer und mittlerer Unternehmen abgebaut werden. Dazu gehört auch die Abschaffung der Gewerbesteuer, sobald auf Bundesebene geklärt ist, welche zusätzlichen Einnahmen für die Kommunen an ihre Stelle treten sollen.

Die Bremer F.D.P. sieht in dem Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm 95 (WAP) einen vernünftigen Ansatz, die Wirtschaftspolitik auszurichten, weist jedoch ausdrücklich auf ordnungspolitisch bedenkliche Programminhalte und verschiedene technische Mängel hin. Parteitagesbeschlüsse der SPD wenden sich beharrlich gegen die Zielrichtung des Papiers. Das zeigt, daß die SPD immer noch nicht verstanden hat, daß ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Bremens nur durch einen eindeutigen Kurs der sozialen Marktwirtschaft zu erreichen ist.

Den Mittelstand konsequent fördern

Eine mittelstandsstärkende Wirtschaftspolitik ist die beste Vorsorge gegen Marktbeherrschung durch Großunternehmen. Den mittleren und kleinen Betrieben kommt bei der Belebung von Investitionen, bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und bei der Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen im Umwelt- und Sozialbereich, ebenso wie bei der Umsetzung der technologischen Neuerungen, eine herausragende Bedeutung zu.

Sie verdienen deshalb eine besondere Förderung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Die F.D.P. fordert:

- Eine bürgernahe, effizient arbeitende Verwaltung, die Anliegen der Unternehmen durch schnelle und sachgerechte Entscheidungen fördert und nicht durch ein "Zuständigkeitswirrwarr" behindert.
- Die Streuung der Mittel auf viele gering dotierte Programme muß zugunsten einer Schwerpunktbildung bei der Förderung der Entwicklung und des Einsatzes neuer Technologien sowie bei Maßnahmen der Verbesserung der Qualifikation von Management und Mitarbeitern mittelständischer Unternehmen aufgegeben werden.

- Die Stabilisierung von Beiträgen und Gebühren sowie der Verzicht auf die Vorreiterrolle bei der Schaffung zusätzlicher Belastungen (z. B. Ausbildungsplatzabgabe).
- Ein durchgängiges und mit Niedersachsen abgestimmtes Stadtentwicklungs- und Umlandkonzept.
- Eine konsequente Privatisierung öffentlicher Leistungen.

Die wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen

Eine gut ausgebaute wirtschaftsnahe Infrastruktur ist der beste Rahmen für unternehmerisches Wachstum und Wohlergehen. Auch wenn sich die Standortfaktoren in den letzten Jahren leicht verbessert haben, müssen mutige Schritte eingeleitet werden, um einen angemessenen Rahmen betrieblicher Expansionen sowie die Möglichkeit der Gründung neuer Betriebe sicherzustellen.

- Es ist notwendig, ausreichende und bezüglich Preis und Qualität attraktive Gewerbeflächen bereit zu stellen. Dabei kommt es vor allem auf besondere Standorteigenschaften, wie gute Verkehrsanbindung oder ein innovatorisches Umfeld, an. Vor der Erschließung neuer Gewerbeflächen sollte zunächst die Möglichkeit der Reaktivierung von Brachflächen angestrebt werden.

Bei allen Erschließungsmaßnahmen ist die Suche nach einem Kompromiß zwischen den Belangen der Wirtschaftsförderung und denen des Natur- und Landschaftsschutzes unbedingt erforderlich. Ein angemessener Ausgleichsflächenbedarf nach dem Naturschutzgesetz ist einzuplanen.

Für den absehbaren Flächenbedarf sind die derzeit noch für den Hafen reservierten Flächen im Niedervieland in Gewerbeflächen umzuwandeln. Für die notwendigen Ausgleichsflächen nach dem Naturschutzgesetz ist der hafenferne hintere Teil des Niedervielandes zu reservieren. Die Verkehrsplanungen sind entsprechend zu ändern.

- Bremens wirtschaftliche Zukunft liegt in einer lebendigen Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Um die Universität herum müssen sich deshalb gewerbliche Unternehmen gruppieren, die

neue technische Marktfelder erschließen. Die Universitätsregion muß zum Herzen des wirtschaftlichen Strukturwandels in Bremen werden. Ähnliche Überlegungen gelten für den Hochschulstandort Bremerhaven. Der Flächennutzungsplan muß deshalb im Sinne dieser Zukunftsorientierung geändert werden.

- Technologieorientierten Unternehmensgründern muß unter dem Dach eines Technologieparks Starthilfe gewährt werden. Dabei sollten den Unternehmensgründern für einen bestimmten Zeitraum verbilligte Serviceeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.
- Zu einem Seehafen gehört ein leistungsfähiger Flughafen. Der Verkehrsflughafen Bremen ist ein wichtiger Standortfaktor für Bremen und von hoher wirtschaftlicher Bedeutung für die Region. Statt der geplanten großen Ochtum-Verlegung ist zu prüfen, ob dieses Ziel nicht kostengünstiger durch eine Rückführung des Flusses vor Stuhr-Kuhlen in das alte Flußbett erreicht werden kann.

Häfen und Schifffahrt auf hohem Niveau stabilisieren

Die deutsche Seeschifffahrt befindet sich in ihrer größten Krise seit Ende des 2. Weltkrieges. Als Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der deutschen Flotte hat sich der Trend zur Ausflaggung dramatisch beschleunigt - Anfang 1987 ist zum ersten Mal in der Geschichte der Anteil der deutschen Flotte unter deutscher Flagge kleiner als der der deutschen Flotte unter ausländischer Flagge.

Um den Trend zur Ausflaggung zu stoppen und eventuell rückgängig zu machen, fordert die F.D.P. für die deutsche Seeschifffahrt in der Bundesrepublik die gleichen Rahmenbedingungen, wie sie die deutsche Flotte im Ausland in den "Offenen Registern" vorfindet.

Es ist deshalb notwendig, so schnell wie möglich ein offenes Register in der Bundesrepublik Deutschland für deutsche Reeder zu schaffen.

Die F.D.P. fordert:

- Die Erhaltung des freien Zugangs zur Ladung für deutsche Reeder.
- Im Rahmen der Steuerreform müssen die steuerlichen Belastungen deutscher Reeder mit dem Ausland harmonisiert werden.

- Neuordnung der Schifffahrts- und Werftenhilfen.
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Flotte durch den Einsatz neuer Technologien.

Die Häfen in Bremen und Bremerhaven sind das Rückgrat der Wirtschaft im Lande Bremen. Diese Stellung ist durch den erbitterten Verdrängungswettbewerb der kontinentalen Nordseehäfen ständig gefährdet.

Zur Sicherung der Hafengruppe Bremen/Bremerhaven sind eine Reihe von Maßnahmen auf Bundesebene notwendig:

- Die Liberalisierung im Hinterlandverkehr muß konsequent weitergeführt werden. Der Spruch des Europäischen Gerichtshofs, der Grundlage der Liberalisierung ist, darf sich nicht nur auf den grenzüberschreitenden Verkehr beziehen, sondern muß den gesamten Hinterlandverkehr von und nach den deutschen Seehäfen einbeziehen.
- Statt dirigistische Einzellösungen anzustreben, ist es langfristig sinnvoller, auf eine Harmonisierung der Kostensituation der Verkehrsträger zu drängen. Um kundenorientierte Preise anbieten zu können, die im Wettbewerb mit den Westhäfen mithalten können, ist es erforderlich, daß die Kosten der deutschen Verkehrsträger mit dem europäischen Niveau harmonisiert werden.

Der Verkehr über die Westhäfen ist z. Zt. kostengünstiger und kann deshalb zu Preisen angeboten werden, die für bundesdeutsche Verkehrsunternehmen nicht zu realisieren sind. Die bremische Forderung an die Bundesregierung richtet sich deshalb darauf, die Kosten innerhalb der EG zu harmonisieren, d. h. insbesondere:

- * die Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer innerhalb Europas zu vereinheitlichen,
 - * die zulässig einzuführende Dieselfreimenge für LKWs und Binnenschiffe zu reduzieren,
 - * eine flexible Konzessionspolitik zu betreiben.
- Der internationale Umschlagplatz Bremen/Bremerhaven muß durch zusätzliche qualitative Leistungsangebote wettbewerbsfähiger werden. Im Zuge weltweiter Arbeitsteilung kommt dem Aufbau überseeischer

Handels- und Distributionszentren eine große Bedeutung zu. Die Einrichtung eines Handelszentrums, beispielsweise für ein südostasiatisches Land, bündelt Warenströme im Knotenpunkt Bremen und ist darüber hinaus ein wichtiges Instrument der Importförderung. Über den reinen Hafenumschlag hinaus muß in Bremen deshalb die Verteilung der eingeführten Güter angeboten werden.

- Weiterhin bietet es sich zur qualifizierten Hinterlandanbindung an, vorgelagerte Stützpunkte (Sammel- und Verteilzentren) im deutschen Hinterland aufzubauen.
- Immer mehr wird die Verfügbarkeit "intelligenter Technologien" zum Wettbewerbsinstrument. Die optimale Verwendung neuer Technologien (z. B. Teleports) verkürzt die ökonomische Distanz und trägt zur Durchsichtigkeit des Marktes bei. Der Vorsprung Bremens bei der Datenverarbeitung für die Seehafen-Verkehrswirtschaft muß ausgebaut werden.
- Bremische Hafenvertretungen, rund um die Welt, sind ein wichtiges Mittel zur Image-Werbung für die Hafengruppe Bremen. Über diese Image-Werbung hinaus müssen jedoch die Vertriebsaktivitäten der bremischen Häfen wesentlich intensiviert werden, um die freien Kapazitäten auszulasten und fühlbare Beschäftigungseffekte zu erzielen. Die Aktivitäten dieser Organisation müssen zu einem modernen Marketinginstrument weiterentwickelt werden.
- Die Festigung und der Ausbau der bremischen Unternehmen, des verarbeitenden Gewerbes, dienen auch hafenpolitischen Interessen, da dadurch die sogenannte Loco-Quote im Umschlag über Bremen verbessert wird. Wenn Bremen für die Ansiedlung neuer und die Expansion bestehender Unternehmen attraktiver werden soll, müssen auch Flächen im Hafenbereich zur Verfügung gestellt werden.

Bremen muß attraktiver werden

Private Unternehmer werden nur in neue Produkte oder neue Verfahren investieren, wenn sie einen wirtschaftlichen Erfolg erwarten.

Unerläßlich ist dabei die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Umfeldes, vor allem durch verlässliche politische Aussagen. Notwendig ist dabei auch die Rückkehr zu einer vernünftigen Bildungs- und Kulturpolitik.

Um die Attraktivität Bremens als Wohnort zu steigern, ist es außerdem dringend erforderlich, die Mittel der aus Spielbankerträgen finanzierten "Stiftung wohnliche Stadt" wieder ausschließlich ihrem ursprünglichen Verwendungszweck zuzuführen. Schwerpunkte müssen dabei die Attraktivitätssteigerung zentraler Bereiche in Bremen und Bremerhaven, der aktive Denkmalschutz sowie die Verbesserung der Naherholungsmöglichkeiten bilden. Diese kostenintensive Aufgabe sollte in Zusammenarbeit mit Privatinitiativen und Unternehmen wahrgenommen werden.

Vor allem im ersten Bereich ist eine Belebung der Innenstädte erforderlich, damit sich die City nicht nur als leistungsfähiger Einzelhandelsbereich, sondern als Kombination von Handelsplatz und Erlebnisbereich präsentiert. Hierfür sind aber nicht nur bauliche Maßnahmen notwendig: Die Ladenöffnungszeiten sollen soweit wie möglich flexibel gestaltet werden. Die schon jetzt mögliche Sonntagsöffnung zu bestimmten Anlässen (Freimarkt, Sail) ist vom Senat auf Antrag zu genehmigen.

Die F.D.P. unterstützt die Idee eines "Dienstleistungsabends" auch für öffentliche Einrichtungen.

Die Bremer F.D.P. spricht sich dafür aus, die Bebauung des Teerhofs im Sinne einer multifunktionalen Nutzung (Wohnen, Gewerbe, Kultur) nunmehr zügig in Angriff zu nehmen.

Eine Stärkung der wohnungsnahen Versorgung erfordert Maßnahmen in den Nebenzentren. Ein Umbau der örtlichen Einkaufsbereiche zu verkehrsberuhigten Zonen und eine Belebung durch Wochenmärkte, Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe sowie soziale und kulturelle Treffpunkte schaffen Voraussetzungen, die das Wohnen und Leben in Bremen und Bremerhaven attraktiv machen.

Wohnungsbaupolitik

Die Wohnungsversorgung in Bremen ist gekennzeichnet durch ein Überangebot an Wohnraum. Angesichts mehrerer tausend leerstehender Wohnungen im Lande Bremen ist die Einführung marktwirtschaftlicher Regelungen dringend geboten.

- Eine Übernahme des Neue-Heimat-Wohnungsbestandes durch den Staat ist abzulehnen. Statt dessen muß durch Senkung der Sozialbaumieten auf ein marktübliches Niveau die Vermietbarkeit sichergestellt werden. Dies setzt eine Aufhebung des häufig überteuerten Kostenmietprinzips voraus.
- Der Kauf von Sozialwohnungen durch die gegenwärtigen Mieter sollte staatlich gefördert werden.
- Für den nach wie vor vorhandenen Bedarf an Einfamilienhäusern ist ein ausreichendes Flächenangebot vorzuhalten. Bremen muß bestrebt sein, die jahrelang anhaltende Abwanderungstendenz ins Umland umzukehren.

2. UMWELTPOLITIK

Umweltschutz ist Staatszielbestimmung!

Die Erhaltung, Verbesserung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen für die heutigen und künftigen Generationen ist eine der zentralen Aufgaben der 80er und 90er Jahre in unserem Land. Vorsorgeprinzip und Verursacherprinzip müssen deshalb konsequenter angewandt werden. Daneben muß eine forcierte Sanierungspolitik treten.

Ohne eine vorurteilsfreie Einstellung zur Technik und ihren Anwendungsmöglichkeiten lassen sich die Umweltaufgaben nicht lösen. Für jeden Umweltbereich ist der "Stand der Technik" als gesetzlicher Mindeststandard vorzuschreiben.

Die F.D.P. fordert:

Die Neuorganisation des Umweltschutzes

Umweltschutz soll - abgesehen von Natur- und Artenschutz - der Gesundheit des Menschen und dem Erhalt seiner natürlichen Lebensgrund-

lagen dienen. Die im Zuge der Regierungsbildung 1983 vorgenommene Trennung widerspricht dieser Aufgabenstellung.

Wie auch die Erfahrungen im Bund und in den anderen Bundesländern zeigen, kann sich der Umweltschutz nur dort wirkungsvoll durchsetzen, wo er sich mit anderen, dem Schutze der menschlichen Gesundheit dienenden Aufgaben verbindet.

Die Bremer F.D.P. fordert deshalb, die Ressorts Umwelt und Gesundheit wieder zusammenzuführen und die umwelt- und gesundheitsrelevanten Aufgaben des Arbeitsressorts (z. B. Immissionsschutz und Gewerbeaufsicht, medizinischer Arbeitsschutz, Strahlenschutz, Umweltchemikalien) hinzuzufügen.

Damit würden die immer noch zersplitterten Zuständigkeiten sinnvoll gebündelt; die Verwaltung könnte wesentlich personalsparender und kostengünstiger arbeiten.

Die in einer Vielzahl von Dienststellen verstreuten umweltmedizinischen-, human- und veterinärmedizinischen Labor- und Untersuchungskapazitäten sollten in einer einheitlichen "Landesuntersuchungsanstalt Gesundheit und Umwelt" zusammengefaßt werden.

Maßnahmen zur Gewässerreinigung

Die beschleunigte Fortführung des Kanalbau-Stufenprogramms ist notwendig, damit auch bei starken Regenfällen verhindert wird, daß ungeklärte Abwässer aus der Mischwasserkanalisation direkt in die Kleine Wümme bzw. Weser gelangen. Durch intensive Messungen bei industriellen und gewerblichen Indirekteinleitern sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Schwermetalle und Kohlenwasserstoffe so weit wie möglich zurückgehalten werden und die Kläranlage in Seehausen nicht mehr so stark belastet wird.

Zur Reduzierung der Weserbelastung ist beim Klärwerk Seehausen eine chemische Reinigungsstufe zu errichten, um u. a. Phosphate herauszufiltern.

Maßnahmen zur Luftreinhaltung

Die gegenwärtige Bundesregierung hat mit der Großfeuerungsanlagenverordnung und der neuen TA-Luft die Grundlagen dafür geschaffen, daß jahrelange Versäumnisse auf dem Gebiet der Luftreinhaltung beseitigt werden können. Es ist nunmehr Sache der Länderbehörden und insbesondere der Kraftwerksbetreiber, dieses Konzept zum Schutze der Umwelt und der menschlichen Gesundheit umzusetzen.

- Unbedingt erforderlich ist daher die Einrichtung von Entstickungs- und Entschwefelungsanlagen für alle Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen im Lande Bremen.
- Die Entscheidung für die Errichtung eines Kohlekraftwerkes in Hastedt ist angesichts der damit verbundenen Umweltbelastungen sowie der in Norddeutschland vorhandenen Überkapazitäten für Strom falsch und muß revidiert werden.

Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und zur Verkehrsberuhigung

Der Schutz der Bremer vor Verkehrslärm ist in den letzten Jahren nur zögerlich in Gang gekommen.

- Hier ist der Durchgangsverkehr auf möglichst wenige Trassen zu konzentrieren. Diese sind mit Lärmschutzwänden bzw. -wällen auszustatten. Dies gilt vorrangig für die innerstädtischen Schnellstraßen, wie z. B. die B 75/Öldenburger Straße und den Autobahn-Zubringer Vahr im Bereich der Brückenabschnitte.
- Die Politik der Verkehrsberuhigung in den Wohnquartieren ist durch verschiedene Maßnahmen, wie z. B. Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30, fortzusetzen.

Maßnahmen zur Verbesserung des Radwegesetzes

Dem wachsenden Anteil des Fahrradverkehrs im Nahbereich ist Rechnung zu tragen. Verkehrsschwache Straßenzüge sind für ein Wegenetz mit Vorrang für Radfahrer und Fußgänger zu nutzen. Insbesondere im Innenstadtbereich Bremens fehlt ein geschlossenes Radwegesystem. Die Schaffung von Radwegeachsen in Ost-West-Richtung vom Ostertor zum Stephaniviertel und in Nord-Süd-Richtung vom Rembertiviertel/Schwachhausen zur Neustadt ist dringend geboten.

Maßnahmen zum Schutz des Bodens

In einem Stadtstaat wie Bremen mit hoher Bevölkerungs-, Verkehrs- und Industriedichte ist der Boden als nicht vermehrbares Umweltgut besonderen Gefährdungen ausgesetzt. Die Bremer F.D.P. fordert deshalb ein Bremer Bodenschutzprogramm.

- Zur Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen ist zunächst eine Altlastenkartierung einschließlich der dafür notwendigen vorbereitenden Maßnahmen erforderlich. Soweit wie möglich ist dabei auf wissenschaftliche Kapazitäten an der Bremer Universität zurückzugreifen.
- Das gesetzlich geforderte Landschaftsprogramm zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist alsbald zu erstellen.

Müllentsorgung

Das zentrale Problem der Müllentsorgung besteht in der Beseitigung der giftigen Sonderabfälle aus Haushalt, Gewerbe und Industrie. Hierfür muß im norddeutschen Raum eine länderübergreifende Entsorgungseinrichtung aufgebaut werden. Der Mülltourismus in die DDR darf keine Dauerlösung sein.

Das Abfallaufkommen aus den Haushalten ist durch die getrennte Erfassung von Wertstoffen, wie z. B. Glas und Papier, zu reduzieren. Umweltbewußte Bürger dürfen nicht durch Mindestabnahmeverpflichtungen bestraft werden. Das Bremer Abfallbeseitigungsgesetz ist entsprechend zu ändern.

Solange noch Müllverbrennungsanlagen mangels wirksamer Alternativen betrieben werden müssen, sind diese mit Rauchgasreinigungsanlagen nach dem neuesten Stand der Technik auszustatten.

Die Entwicklung von Umwelttechnologien fördern

Viele Umweltprobleme können nur mit Hilfe der Technik gelöst werden, (z. B. Klärwerksbau, Rauchgaswäsche, Katalysatortechnik). Hier bestehen augenblicklich noch erhebliche Forschungs- und Entwicklungsdefizite.

- In Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft sind an Bremer Hochschulen und Forschungseinrichtungen entsprechende Forschungs- und Entwicklungsprogramme zu erarbeiten.
- Die Entwicklung von umweltverträglichen Produkten, wie z. B. von schadstofffreien Baustoffen sowie umweltschonenden Verfahrenstechniken für Industrie und Gewerbe, muß ein zentraler Schwerpunkt der bremischen Wirtschaftsförderung werden.

III. Bildung, Wissenschaft und Kunst

Bildung, Wissenschaft und Kultur schaffen Grundlagen und Möglichkeiten für den einzelnen, sich frei zu entfalten und bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens mitzuwirken. Der ideologisch einseitigen Schulpolitik der letzten 16 Jahre muß ein Ende gesetzt werden.

Schule und Bildung: Mehr Vernunft, weniger Ideologie

Mehr Vernunft, weniger Ideologie heißt für uns:

- Der einzelne Schüler muß im Mittelpunkt aller bildungspolitischen Anstrengungen stehen.
- Die Vielfalt der Schulformen muß wiederhergestellt werden. Der § 3 des Schulgesetzes, der die Umwandlung des bremischen Schulwesens in ein "nach Stufen gegliedertes integriertes Gesamtsystem" sowie eine Integration beruflicher und allgemeiner Bildung festschreibt, ist zu streichen. Die Möglichkeit der freien Wahl des Schulstandortes muß im Schulgesetz verankert werden.
- Die unsinnige Angliederung von Berufsschulen an Gymnasien muß aufgegeben bzw. rückgängig gemacht werden. Berufsschulen gehören in die Innenstadt. In jeder Region der Stadt muß wieder ein durchgängiges Gymnasium eingerichtet werden.
- Die verschiedenen Schultypen eines pluralen Bildungssystems sind personell und materiell gleichwertig, am jeweiligen Bedarf orientiert, auszustatten.
- Privatschulen sind eine wichtige Ergänzung des staatlichen Schulsystems. Sie haben Anspruch auf staatliche Förderung nach Maßgabe der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.
- An die Stelle ständiger organisatorischer Veränderungen von Schulen, Schultypen oder des Schulsystems schlechthin muß eine inhaltliche Weiterentwicklung treten. Den gesellschaftlichen und technologischen Wandlungen unserer Zeit kann nur begrenzt mit Strukturmaßnahmen Rechnung getragen werden - entscheidend ist die Umsetzung in Lehr- und Lerninhalte.
- Der Einzelne ist seiner Begabung entsprechend zu fördern. Das heißt spezielle Förderung für Schwache ebenso wie für Hochbegabte als

Grundlage für mehr Chancengleichheit.

Ausländische und behinderte Kinder bedürfen besonderer Förderung.

- Freiheit bedeutet immer auch Verantwortung: Lehrer, Eltern, vor allem aber die Schüler müssen motiviert werden, Mitbestimmungsfunktionen wahrzunehmen, um ihren Erfahrungsbereich, die Schule, mitgestalten zu können. Die Erziehung zum "kritischen Staatsbürger" darf sich nicht nur auf einer rein theoretischen Ebene bewegen; gerade hier sind praktische Möglichkeiten und Erfahrungen unverzichtbar. Die unzensurierte Verbreitung von Schülerzeitungen ist ebenso wie die Möglichkeit politischer Schülergruppen, an den Schulen aktiv zu sein, Merkmal eines liberalen Bildungssystems.

Schularten und Schulstufen

Die F.D.P. fordert:

... *im Primarbereich*

- Vor allem im Sachkundeunterricht ist das "anschauliche Lernen" durch Einbeziehung von Vertretern verschiedener Berufsgruppen und stadtteilbezogener Institutionen zu verstärken.
- Die Vermittlung von Kulturtechniken, wie Lesen, Schreiben und Rechnen, muß zentralen Rang einnehmen.
- Versetzungsentscheidungen müssen schon nach dem 1. Schuljahr getroffen werden.

... *in der Orientierungsstufe*

- Eine Differenzierung vor allen Dingen in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch ist notwendig.
- Spezielle Förderungsmaßnahmen (z. B. für Ausländer, Lese- und Rechtschreibschwache usw.) müssen in der Orientierungsstufe fortgesetzt werden.
- Die Abschaffung des Epochenunterrichts zugunsten kontinuierlichen Unterrichts in den Fächern Kunst, Musik, Biologie/Physik/Chemie ist anzustreben.

- Am Anfang der fünften Klasse muß als erste Fremdsprache zwischen Englisch, Französisch und Latein frei gewählt werden können. Dafür entfällt das Angebot der Aufnahme einer zweiten Fremdsprache in 5/2.
- Eine klarere inhaltliche Ausgestaltung (Sequenzialität) des Faches Welt/Umwelt ist dringend erforderlich.

... für die Sonderschule

- Behinderte haben Anspruch auf eine spezielle Förderung. Die Zusammenarbeit zwischen Sonderschule und allgemeinbildender Schule ist zu fördern. Versuche zu gemeinsamer Unterrichtung von Behinderten und Nichtbehinderten sind sinnvoll, wenn Eltern und Lehrer einverstanden sind und die materiellen, räumlichen und pädagogischen Voraussetzungen gegeben sind.

... für die Hauptschule

- Die Lehrpläne müssen überarbeitet werden mit dem Ziel, durch einen stärkeren Praxisbezug die schöpferischen Fähigkeiten der Schüler zu stärken und ihre Lebenssituation zu berücksichtigen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es kleiner Klassen und möglichst seltener Lehrerwechsel.
- Die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres ist abzulehnen, da es zunächst gilt, die hohe Zahl von Hauptschulabgängern ohne Bildungsabschluß zu senken - mit einer Verlängerung der Schulzeit würde genau das Gegenteil erreicht. Dagegen begrüßt die F.D.P. ein freiwilliges 10. Schuljahr.

... für die Realschule

- Die Realschule benötigt ein eigenständiges inhaltliches und methodisches Konzept, das gegenüber gymnasialer Bildung stärker an der Praxis orientiert ist.

... für das Gymnasium

- Geeignete Fachgymnasien nach den KMK-Richtlinien müssen einen gleichberechtigten Platz neben den traditionellen Gymnasien erhalten.

- Um die Gefahren der Spezialisierung zu vermeiden, muß die Wochenstundenzahl der Leistungsfächer von 6 auf 5 herabgesetzt werden, damit die Schüler mehr Möglichkeiten haben, die Grundfächer frei zu wählen.

... für die Gesamtschulen

- Die F.D.P. lehnt die flächendeckende Einführung der integrierten Gesamtschule ab.
- Gesamtschulabschlüsse müssen Abschlüssen anderer Schularten vergleichbar bleiben.

Berufliche Bildung und Ausbildung

Berufliche Bildung erhöht die Qualifikation des einzelnen und verbessert damit seine Chancen, der Jugendarbeitslosigkeit zu entgehen.

Die F.D.P. fordert:

- Neueinstellungen von Berufsschulfachlehrern - evtl. mit Zeitverträgen -, um die Stundenversorgung zu verbessern;
- Weiterbildungsmöglichkeiten für Berufsschullehrer in Betriebspraktika und Fortbildungskursen, um sich ständig über den neuesten Stand der Technik zu informieren;
- verstärkten Einsatz von Computern in beruflichen Schulen, damit die zukünftige Arbeitnehmergeneration angemessen auf die sich wandelnden Anforderungen einer veränderten Arbeits- und Freizeitwelt vorbereitet werden und in der Zukunft notwendige Qualifikationen (Bürokommunikation, computerunterstützte Konstruktion und Fertigung) erwerben können.

Lehrerbildung, -fort und -weiterbildung

Die Bremer Ausbildung zu einem "einheitlichen Lehramt" mit "stufenbezogenen Schwerpunkten" bedarf struktureller Veränderungen:

- Im Gegensatz zum Bremer Lehrerbildungsgesetz muß der pädagogischen Ausbildung mindestens die gleiche Bedeutung wie der fachwissenschaft-

lichen und unterrichtsmethodischen zukommen. Um die pädagogische Kompetenz der Lehrer zu verstärken und ihre Einstellungschancen in anderen Bundesländern zu verbessern, muß die Referendaraus- bildung auf 24 Monate verlängert werden.

- Der Fort- und Weiterbildung kommt eine besondere Bedeutung zu. Verstärkt müssen Lehrkräfte dazu angehalten werden, Fort- und Weiter- bildungsveranstaltungen zu besuchen, damit sie auf ihrem Tätigkeits- feld heutigen und zukünftigen Aufgaben erfolgreich gerecht werden können.

Hochschulen

Die F.D.P. unterstützt die seit einigen Jahren erkennbare Umorien- tierung zu den Naturwissenschaften und zur Technologie.

Die F.D.P. fordert:

- Die Umstrukturierung der Universität zugunsten der Naturwissen- schaften und Ingenieurwissenschaften und anderen anwendungs- orientierten Fächern muß fortgeführt werden.
- Der Technologietransfer der Universität mit der regionalen Wirt- schaft, insbesondere mit den mittelständischen Unternehmen, ist auszubauen.
- Eine Universität bedarf aber auch eines leistungsfähigen, sozial- und geisteswissenschaftlichen Zweiges. Überzogene Forderungen nach Austrocknen oder Streichen der Geisteswissenschaften und damit nach Reduzierung auf ein reines Servicezentrum für die Region, sind abzulehnen.
- Damit Bremen mit seinen beschränkten Finanzen den Standard seiner Universität in Lehre und Forschung anheben kann, muß die Dritt- mittelforschung ausgebaut werden.
- Angesichts der knappen Haushaltsmittel und der zurückgehenden Studentenzahlen ist für alle Hochschulen Bremens ein tragbares Zukunftskonzept zu entwickeln.

Liberaler Kulturpolitik

Zur Kultur gehören nicht nur Institutionen (Museen, Theater), sondern auch private Initiativen. Vermehrte Freizeit bietet Raum für mehr Teilnahme am kulturellen Leben. Nur ein vielfältiges Kulturangebot kann die Aufgabe erfüllen, alle schöpferischen Kräfte des Menschen zu fördern und das kulturelle Erbe zu bewahren.

Kultur bedeutet Lebensqualität. In diesem Sinne gebührt der Kultur ein angemessener Etat, der nicht immer als erstes gekürzt werden darf.

- Theater

Das Drei-Sparten-Theater muß erhalten werden, ebenso das Niederdeutsche Theater. Die Bremer Shakespeare Company ist in dem finanziellen Rahmen zu fördern, der ihren Fortbestand in der Innenstadt sichert. Besondere Unterstützung gebührt auch den Laienspielgruppen.

- Musikwesen

Die "Glocke" muß so renoviert werden, daß sie den Anforderungen, die an einen Konzertsaal zu stellen sind, gerecht wird. Die Musikschule muß im Innenstadtbereich untergebracht werden. Auch musizierende Laiengruppen verdienen besondere Förderung.

- Museen

Der kulturpädagogische Dienst bremischer Museen ist für die Information der Bürger, insbesondere der Schulen, unverzichtbar. Das aktive Nacherleben früherer Zeiten fördert das Verständnis für die eigene und für andere Kulturen. Das Focke-Museum ist am jetzigen Standort nicht in der Lage, seine Sammlungen zu erhalten, zu erweitern und auszustellen. Unersetzliche Bestände sind baulicher Mängel wegen gefährdet. Deshalb muß für das Focke-Museum in der Innenstadt ein geeigneter Standort gefunden werden. Hierdurch würde einem größeren Personenkreis der Museumsbesuch erleichtert werden.

- Bibliotheken

Bibliotheken sind, soweit keine anderen Möglichkeiten bestehen, auch als kommunale kulturelle Treffpunkte zu nutzen.

- *Denkmalschutz*

Denkmalschutz sichert nicht nur das bauliche kulturelle Erbe, sondern verbessert auch die Lebensqualität.

- *Stadtteilkultur*

Um Kulturarbeit und kulturelle Angebote insbesondere auch in benachteiligte Stadtteile bringen zu können, bedarf es der gezielten Förderung örtlicher Aktivitäten.

- *Künstlerförderung*

Künstler sind als innovative Elemente der Gesellschaft ohne reglementierende Eingriffe in ihr Schaffen zu unterstützen. Förderung bedeutet neben finanzieller Hilfe auch einfach die Bereitstellung von Ausstellungs- und Arbeitsmöglichkeiten.

- *Kulturpolitik für Jugendliche*

Neben einem auf Kinder und Jugendliche bezogenen Programm aller kulturellen Institutionen fordert die F.D.P. eine starke Förderung der Jugendkultur, vor allem im kreativen Bereich. Durch die Vernachlässigung dieser Arbeit in den Schulen sind alle anderen Einrichtungen umso mehr gefordert. Die Ferienprogramme der Museen und die Bemühungen des Theaters sind erste Schritte in die richtige Richtung. Verwaltungstechnische Hindernisse sollten der Lust an eigener Gestaltung in einem vertretbaren Rahmen nicht im Wege stehen.

- *Kulturpolitik für Ausländer*

Kulturpolitik für Ausländer bedeutet, den hier lebenden Ausländern ebenso die Möglichkeit zur Wahrung ihrer kulturellen Eigenständigkeit zu geben, als auch Beziehungen zu deutschen Kulturgruppen zu ermöglichen. Deshalb sind die Ausländergruppen grundsätzlich zu fördern.

- *Rundfunk und Kommunikation*

Die F.D.P. fordert:

- * Das Angebot an Programmen in der Breitbandverkabelung sollte erweitert werden, wobei endlich auch der Hörfunksektor einzubeziehen ist.

- * Die Post muß es ermöglichen, daß in Bremen neue Informations- und Kommunikationstechniken prompt und mit allem Service angeboten werden.
- * Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind umfangreichere Sendezeiten für die sogenannten "Offenen Kanäle" einzurichten.
- * Das Sonntagswerbeverbot muß aufgehoben werden.

IV. Liberale Gesellschafts- und Sozialpolitik

Offensive für eine liberale Gesellschafts- und Sozialpolitik

Liberaler Gesellschaftspolitik stellt den einzelnen, seine Bedürfnisse und Ziele in den Mittelpunkt. Sie will ihm die Möglichkeit zu persönlicher Selbstentfaltung geben. Die F.D.P. strebt Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit in allen Bereichen an.

Liberaler Sozialpolitik will der Benachteiligung bestimmter Gruppen in unserer Gesellschaft entgegenwirken. Dies erfordert Maßnahmen zur Linderung und Beseitigung materieller Notstände.

Hierbei orientiert sie sich an der Herstellung von Chancengerechtigkeit, Bedarfsdeckung, Wirtschaftlichkeit, Leistungsfähigkeit und demokratischer Selbstbestimmung innerhalb sozialer Sicherheit.

Das sozialpolitische Programm der Bremer F.D.P. enthält Forderungen, die eher auf eine Veränderung menschlichen Verhaltens und auf entsprechende staatliche Maßnahmen als auf neue Leistungen abzielen. Solche Veränderungen können ohne Kosten viel bewirken. Neue, kostspielige Experimente kann sich unser bremischer Staat nicht leisten. Es gilt, mit den vorhandenen Mitteln soziale Gerechtigkeit zu erhalten und neu zu schaffen.

Für die Verwirklichung der Gleichberechtigung

Die im Artikel 3 des Grundgesetzes festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist in vielen Bereichen des Lebens noch nicht verwirklicht.

Zum Teil kann der Gesetzgeber unmittelbar über Gesetze zu einer Verbesserung der Situation beitragen und so die Bewußtseinsbildung voran-

bringen. Ziel liberaler Gleichberechtigungspolitik kann aber keine gesonderte sogenannte Frauenpolitik sein, da sie eher vorhandene Diskriminierungen festschreibt.

Eine wirkliche Gleichberechtigung ist nur dann zu erreichen, wenn auch eine Veränderung des Verhaltens und der Einstellung von Frauen und Männern stattfindet.

Die F.D.P. fordert:

Gleichberechtigung durch Erziehung

Erziehung in Familie und Schule darf nicht zum Aufbau von Rollenklischees führen.

Die Erziehung soll das Verhalten prägen und Werte vermitteln, die zu einem partnerschaftlichen und gleichberechtigten Zusammenleben der Gesellschaft führen.

- Schulbücher und Lehrpläne müssen überarbeitet werden, um Rollenklischees zu beseitigen.
- Schulmaterialien, die überholte Rollenbilder lehren oder darstellen, sind nicht neu zuzulassen.

Gleichberechtigung in Ehe und Familie

Viele Frauen und Männer möchten Kindererziehung und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren. Der technische Fortschritt kann zur Verwirklichung einer neuen Aufgabenverteilung in Beruf und Familie beitragen.

Der Umfang der Anwendung von Gewalt in Ehe und Familie und in vergleichbaren Lebensgemeinschaften in unserer Gesellschaft ist bedrückend und verlangt nach energischen Gegenmaßnahmen zum Schutz der Opfer - aber auch zur Therapie der Täter.

- Familien mit Kindern sind gegenüber kinderlosen Ehepaaren noch immer finanziell benachteiligt. Der Familienlastenausgleich (Kindergeld, steuerliche Erleichterungen) ist deshalb mit dem Ziel zu überprüfen, eine Gleichstellung zu erreichen.
- Um Beruf und Familie für Mann und Frau vereinbar zu machen, muß die Möglichkeit der Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsplatzgestaltung bestehen (z.B. Job-Sharing, Teilzeitarbeitsplätze usw.).

- Die Wiedereingliederung in das Berufsleben nach erziehungsbedingter Unterbrechung der Berufstätigkeit ist - nötigenfalls durch besondere Weiterbildung - zu ermöglichen.
- Die Bremer F.D.P. wird sich über die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die Strafbarkeit der Vergewaltigung und sexuellen Nötigung auch für die ehelichen Lebensgemeinschaften Anwendung findet, wobei dem Schutz der Privat- und Intimsphäre von Täter und Opfer Rechnung getragen werden muß.
- Die Finanzierung der Frauenhäuser muß durch entsprechende Haushaltsmittel sichergestellt werden.
- Die F.D.P. wird sich dafür einsetzen, daß die liberale Handhabung des § 218 StGB in Bremen erhalten bleibt.

Gleichberechtigung im Beruf und im öffentlichen Leben

Frauen, die sich beruflich, gesellschaftlich oder politisch engagieren, müssen die gleichen Chancen haben wie ihre männlichen Kollegen.

- Geschlechtsspezifische Sonderrechte oder Berufseinschränkungen müssen, soweit sie nicht nachweislich medizinisch indiziert sind, abgebaut werden.
- Staat, öffentliche Institutionen und Parteien müssen in der Gleichbehandlung von Mann und Frau eine Vorreiterrolle übernehmen. Sie müssen so jede "Quotierung" überflüssig machen.

Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche bilden keine eigenständige Gruppe in unserer Gesellschaft, sondern sind zugleich Teil dieser und deren Zukunft. Junge Menschen repräsentieren alle gesellschaftlichen Strömungen und Ideen unserer Zeit. Sie sind von allen politischen Problemen betroffen. Daher kann es keine isolierte Jugendpolitik geben; sie steht vielmehr in enger Beziehung zu allen anderen Feldern der Politik.

Jungen Menschen gemeinsam ist aber, daß sie ihren Platz im Leben noch finden, ihre Erfahrungen noch sammeln müssen. Mehr als andere Gruppen brauchen sie deshalb Freiräume in unserer Gesellschaft. Liberale

Jugendpolitik orientiert sich deshalb an den Interessen, Neigungen und Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen und will die Grundlage für ihre persönliche Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung schaffen.

Die F.D.P. fordert:

- Es sind ausreichend Kindergartenplätze für alle Schichten unserer Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.
- Kindergärten sind ein Lernfeld für das Zusammenleben von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Kindern verschiedener Nationalitäten und erziehen in idealer Weise zu gegenseitiger Achtung und Toleranz.
- Bemühungen freier Träger um Übernahme staatlicher Jugendfreizeitheime sind zu unterstützen. Dies trägt zur Vielfalt des Angebotes bei und wird in der Regel Kosten senken.
- Einrichtungen der Jugendbildung müssen sich verstärkt der Aufgabe widmen, jugendlichem Aussteigertum entgegenzuwirken, Ausländerfeindlichkeit abzubauen und sich dem aufkeimenden Neonazismus entgegenzustellen. In diesen Bemühungen müssen sie von Schule und Elternhaus unterstützt werden.
- Jugendliche müssen alle Möglichkeiten zur wirksamen Mitgestaltung ihres Lebensumfeldes erhalten.

Jugendarbeitslosigkeit

Handel, Handwerk, Industrie und freie Berufe im Lande Bremen haben in den vergangenen Jahren große Ausbildungsanstrengungen unternommen, um die Jugendarbeitslosigkeit im Lande Bremen zu lindern. Dabei hat sich das duale Ausbildungssystem bewährt und muß daher die Regelform für berufliche Ausbildung bleiben.

Alle Ausbildungsanstrengungen haben die Jugendarbeitslosigkeit nicht beseitigen können. An Wirtschaft und Politik ergeht daher nach wie vor der Appell, alles zu tun, um eine Ausgrenzung von Jugendlichen aus der Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Die F.D.P. fordert:

- Das Benachteiligtenprogramm ist weiterzuführen und auch auf solche

Jugendliche zu erstrecken, die seit langem auf einen Ausbildungsplatz warten.

- Das Berufsgrundbildungsjahr ist in Abstimmung mit der Wirtschaft in weiteren Berufsfeldern einzuführen.
- Für Ausbildungsberufe mit hohem Theorieanteil (CMC, CAD, Datenverarbeitung) ist die BFSq zu erhalten, da diese Berufe nachgefragt werden, aber keine Ausbildung hierfür erfolgt.
- Solange die Lage auf dem betrieblichen Sektor der Ausbildung dies erforderlich macht, wird die F.D.P. Jugendwerkstätten und andere Einrichtungen der betrieblichen Ausbildung unterstützen.
- Es sind bessere Informationsmöglichkeiten zu schaffen über aussichtsreiche Ausbildungsberufe und solche mit verhältnismäßig geringem Bekanntheitsgrad, über Hilfs- (Werkstatt- usw.) Programme in Bremen und über Möglichkeiten, auswärts Ausbildungsstellen anzutreten.
- Die Schaffung von Ausbildungsplätzen im Verbund ist zu fördern.
 - * Durch frühzeitige Auflösung der Ausbildungsplatzverhältnisse freigewordene Ausbildungsplätze sollten nachbesetzt werden.
 - * In Bremen und Bremerhaven müssen auch Ausbildungsplätze in den heilpädagogischen Berufen angeboten werden (Hebamme, Diätassistentin, Krankengymnastin).
- Darüber hinaus fordert die F.D.P. eine Weiterqualifizierung für jene, die nach der Ausbildung nicht übernommen werden und mangels Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt für längere Zeit arbeitslos bleiben.

Für ein aktives Alter

Durch verlängerte Lebenserwartung und verkürzte Lebensarbeitszeit wird der dritte Lebensabschnitt für alle Mitbürger immer wichtiger. Die Zeit des Alters darf jedoch nicht in Passivität und Isolation führen und vom Wohlverhalten Jüngerer abhängig sein.

Die F.D.P. fordert:

- Es muß selbstverständlich werden, daß ältere Menschen ihre Erfahrungen und ihren Rat in die Gestaltung ihres politischen, kulturellen und sozialen Umfeldes einbringen und so aktiv mitwirken. Als Grundlage für dieses Engagement sollen Senioreninitiativen ältere Mit-

bürger durch eigene Publikationen über ihre Rechte, Möglichkeiten und Probleme informieren.

- Aktive Freizeitgestaltung durch die Entfaltung kreativer Fähigkeiten, z. B. in gemeinsamen Hobbyaktivitäten in Altentagesstätten, in Volkshochschulkursen oder in Eigeninitiativen, ist zu fördern.
- Damit der ältere Mitbürger solange wie möglich in seiner vertrauten Umgebung bleiben kann, ist sein Wohnrecht bei Stadtsanierungen besonders zu schützen. Für ältere Menschen, die selbständig in einer eigenen Wohnung leben wollen, ist in allen Wohngebieten die Schaffung altersgerechter Wohnungen zu fördern (z. B. Notrufsysteme, Einrichtungen für Körperbehinderte etc.).

Die F.D.P. fordert:

Soweit Hilfe und Betreuung erforderlich werden, sollten sie angeboten werden durch

- Appartementwohnheime bzw. Altenheime nach Apartmentsystem, in denen die größtmögliche Eigenständigkeit gewahrt bleibt;
- Tagespflege in vorhandenen Alten- und Pflegeheimen, die durch therapeutische Betreuung eine Alternative zu dauerndem Heimaufenthalt für denjenigen bieten, der nicht ständig betreut werden muß.
- Kurzzeitstationen in Altenpflegeheimen, um die häusliche Pflege zu ergänzen und kurzzeitig zu entlasten.

Die ambulanten Dienste sowie Dienstleistungszentren mit ihrem mobilen Hilfsdienst sollten weiter ausgebaut werden. Dazu gehören:

- Beratungsdienste für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen;
- Mahlzeitendienst, auch an Sonn- und Feiertagen;
- sozialpflegerische Dienste wie Familienpflege, Kranken- und Altenpflege;
- Altentagesstätten, Wohnungsvermittlung und Altenerholung;
- Heimplatzvermittlung, bei der eine freie Wahl nach Ort, Art und Trägerorganisation gewährleistet sein sollte.

Behinderte integrieren

Behinderte haben ein Recht auf Förderung und Rehabilitation, damit ihnen ein weitgehend selbständiges Leben in unserer Gesellschaft ermöglicht wird.

Behinderte Menschen haben einen Anspruch auf Erziehung und Bildung, Ausbildung und Arbeit, Integration in den Bereichen Wohnen und Freizeit, Sport und Erholung, im politischen und kulturellen Leben.

Die F.D.P. fordert:

- Die sehr belastende Situation für Eltern mit behinderten Kindern ist durch verstärkten Einsatz von Familienhelfern zu mildern.
- Die Heimunterbringung Behinderter wird oft gerade von den Betroffenen nicht gewollt und zunehmend kritisiert.
Auch in Bremen müssen deshalb die Bestrebungen vieler Vereine und Selbsthilfegruppen unterstützt werden, neue Formen des Wohnens außerhalb von Heimen und anderen Sondereinrichtungen für Behinderte umzusetzen.
- Um die gesellschaftliche und soziale Integration von Behinderten zu fördern, sollen Ausbildungs- und Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Berufen für leichter Behinderte geschaffen werden.

Neben der Erweiterung der Plätze in Therapie- und Beschäftigungsstätten für schwer Geistig- und Mehrfachbehinderte sind auch für den Personenkreis der Schwerstkörperbehinderten Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, die ihren körperlichen Fähigkeiten entsprechen.

- Der Sonderfahrdienst für Behinderte ist unter Ausnutzung und Zusammenfassung aller verfügbaren Kapazitäten einschließlich des öffentlichen Personennahverkehrs beizubehalten.
- Die Verbesserung der Behandlung psychisch Kranker und Behinderter ist nach wie vor eine der dringlichen Aufgaben der Gesundheitspolitik. Die im Rahmen des Modellprogramms Psychiatrie der Bundesregierung geförderten ambulanten und teilstationären Einrichtungen sind zu erhalten und auf eine dauerhafte finanzielle Grundlage zu stellen.

Gesundheitspolitik

Die Gesundheitspolitik der F.D.P. will den freien sozialverantwortlichen Bürger in den Mittelpunkt des Gesundheitssystems stellen. Wir wollen das anerkannt hohe Leistungsniveau erhalten und die Finanzierbarkeit sichern.

Die F.D.P. fordert:

- Dem Versicherten muß über die von ihm gewählten Selbstverwaltungsorgane in zunehmendem Maße ein größerer Einfluß auf die Gestaltung seiner Krankenversicherung gegeben werden.
- Aufklärung über Gesundheitsrisiken und Gefahren ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung wirksam werden. Belastungen und Gefahren durch Umwelt, am Arbeitsplatz, durch Fehlernährung oder Suchtgefahren müssen offen dargestellt und durch entsprechende Maßnahmen abgebaut und verhindert werden. Bei allen Beteiligten ist die Einsicht in soziale Ursachen von Gesundheitsgefahren und Krankheiten mit allen Mitteln zu fördern.
- Früherkennungsuntersuchungen sollen ausgebaut werden und vor allen Dingen den Bereich der Herz-, Kreislauf- und Stoffwechselkrankheiten miterfassen.
- Die AIDS-Angst darf nicht dazu benutzt werden, ein Klima von Repression zu schaffen. Die Ausbreitung von AIDS ist durch Aufklärung und individuelle Vorsorge zu bekämpfen. Meldepflicht und Zwangsmaßnahmen lehnt die F.D.P. ab.
- Voraussetzungen für eine erfolgreiche gesundheitliche Vorsorge und Betreuung sind die individuelle Beziehung und das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt. Die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung ist auch in Zukunft vorrangig durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte in freier und unabhängiger Berufsausübung sicherzustellen.

- Jeder Bürger hat Anspruch auf die der Art und Schwere seiner Krankheit entsprechende Behandlung, Pflege, Unterbringung und Verpflegung im Krankenhaus.

Die in den kommunalen Kliniken begonnene organisatorische und wirtschaftliche Verselbständigung muß konsequent weitergeführt werden. Ziel muß die rechtliche Verselbständigung sein. Das Nebeneinander von öffentlichen und nicht-öffentlichen Krankenhäusern soll gewahrt bleiben. Überzählige Bettenkapazitäten sollen in dem Krankenhaus abgebaut werden, in dem sie vorhanden sind.

- Durch ein Sofortprogramm sind in den kommunalen Kliniken Krankenzimmer mit mehr als drei Betten abzuschaffen.

V. Liberale Rechtspolitik

Liberale Rechtspolitik will den einzelnen vor ungerechtfertigten Eingriffen des Staates und der Gesellschaft in seine Freiheits- und Persönlichkeitsrechte schützen.

Liberale Rechtspolitik will nicht alles bis ins letzte regeln, sondern nur die Grundlagen dazu schaffen, daß gesellschaftliche Konflikte friedlich gelöst werden können. Dabei steht das Ziel der Rechtssicherheit des Bürgers im Vordergrund.

Effektiver Rechtsschutz für die Bevölkerung und eine wirksame Strafverfolgung müssen gewährleistet sein. Das Gewaltmonopol des Staates als Grundlage friedlichen Zusammenlebens ist der einzig wirksame Schutz des Schwachen in einem sozialen Rechtsstaat.

Rechtsstaatlichkeit ist nicht beliebig verfügbar. Statt Unterstützung von Boykott und Widerstand ist das Rechtsbewußtsein zu stärken.

Konflikte friedlich lösen

Zum Grundkonsens in einer freiheitlichen Demokratie muß notwendigerweise auch das gewaltlose Austragen gesellschaftlicher Konflikte gehören.

Gewalt ist weder ein Mittel der Politik, noch löst Gewalt Konflikte. Das Gewaltmonopol des Staates ist für die F.D.P. deshalb unverzichtbar. Es verpflichtet die Organe der Exekutive allerdings zur Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes.

- Die F.D.P. lehnt eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes sowie die Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen ab.
- Gleichzeitig aber gilt: Wer anläßlich von Demonstrationen Gewalt anwendet, nimmt nicht sein grundgesetzlich garantiertes Demonstrationsrecht wahr, sondern begeht eine Straftat.
- Kritikfähigkeit, Diskussion und Überzeugung müssen unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen stehen. Hier sind gerade auch die Parteien, Schulen, Hochschulen und staatlichen Institutionen gefordert. Nur so kann verhindert werden, daß Polizisten weiter als Prügelknaben herhalten müssen,

weil die Lösung gesellschaftlicher Konflikte nicht gelingt.

Wichtig ist eine verstärkte Zusammenarbeit der Veranstalter von Demonstrationen mit der Polizei, um Gewalt zu verhindern, militante Gewalttäter frühzeitig zu erkennen und zu isolieren. Es darf nicht passieren, daß ganze Gruppen von Teilnehmern an Demonstrationen kriminalisiert werden.

Datenschutz ist ein Rechtsstaatsgebot

Die F.D.P. will keinen "gläsernen" Menschen - auch nicht im sicherheitsempfindlichen Bereich. Das Bundesverfassungsgericht hat jedem Bürger das Recht auf "informationelle Selbstbestimmung" zugestanden, das nur im überwiegenden Allgemeininteresse eingeschränkt werden dürfe. Die moderne Informationstechnik verleitet zu einer Vernetzung der Datenbestände; dies muß verhindert werden.

Die F.D.P. fordert:

- daß die strikte Trennung der Sicherheitsbereiche (Polizei, Nachrichtendienste und Strafverfolgungsbehörden) erfolgt;
- daß größtmögliche Klarheit und Achtung der grundsätzlichen Selbstbestimmung des einzelnen in gesetzlichen Regelungen sichergestellt ist;
- daß die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten gestärkt und er der Bremischen Bürgerschaft zugeordnet wird.

Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung, Opferschutz

Die F.D.P. wird sich für eine einheitliche Fortentwicklung der Polizeigesetze der Länder auf der Basis des Bremischen Polizeigesetzes einsetzen. Die F.D.P. lehnt eine Ausweitung polizeilicher Befugnisse auf dem Gebiete der "Gefahrenvorsorge" entschieden ab. Voraussetzung für polizeiliches Eingreifen muß die konkrete und drohende Gefahr bleiben. Der Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern ist eindeutig gesetzlich zu regeln. Dabei sind der Ausnahmecharakter und die einschränkenen rechtlichen Bedingungen festzulegen.

Die F.D.P. fordert:

- daß die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung Vorrang vor der Strafverfolgung bekommt;
- daß der ständig steigenden Kriminalität nicht nur mit den Mitteln der Polizei und des Strafrechts begegnet wird, sondern daß endlich damit begonnen wird, gemeinsam in den Senatsbereichen für Jugend-, Familien-, Sozial-, Bildungs- und Innenpolitik die Ursachen von Kriminalität, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, ressortübergreifend in ihrem Vorfeld zu bekämpfen.
- Die F.D.P. wird einen Modellversuch vorschlagen, bei dem in einem stadtbremischen Polizeirevier oder in seiner unmittelbaren Nähe ein Team von Sozialarbeitern rund um die Uhr erreichbar ist, um unmittelbar nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen sich in geeigneten Fällen des Beschuldigten (insbesondere eines Jugendlichen), aber auch des Opfers anzunehmen und sofort die notwendigen Hilfs- und Konfliktlösungsmaßnahmen einzuleiten (Krisenintervention);
- der Opferschutz und die Opferentschädigung sind zu verbessern;
- insbesondere im Prozeß gegen den mutmaßlichen Täter müssen den Opfern von Straftaten eine gesicherte Rechtsposition und ein psychologischer Beistand eröffnet sowie die Wiedergutmachung des Schadens zugebilligt werden;
- die F.D.P. wird sich für einen verbesserten Schutz der Opfer von Gewalttaten, vor allem der Frauen, die Opfer von Sexualdelikten geworden sind, einsetzen. Verfahren gegen Sexualstraftäter dürfen auf keinen Fall zu einem "Spiebrutenlaufen" für die betroffenen Frauen werden.

Justiz, Strafverfolgung und Strafvollzug

Rechtswußtsein und Verständlichkeit haben viel damit zu tun, wie sich das Recht präsentiert. Alle Bürger werden mit Texten konfrontiert, die von Juristen verfaßt sind. Wenn man sie lesen muß, sollte man wenigstens die Chance haben, sie zu verstehen. Unter dieser Anforderung stehen nicht nur Verordnungen und Merkblätter für Steuern und Abgaben, nicht nur Gesetzestexte und Verwaltungsschreiben, sondern auch die Darstellung der Abläufe vor Gericht.

- Der Abstand zwischen der professionellen Routine der Juristen und der Unerfahrenheit betroffener Bürger ist zu überbrücken;
- die Unabhängigkeit der Richterschaft muß gewahrt bleiben. Allen Versuchen, dieses Prinzip aufzuweichen, ist entgegenzutreten;
- organisatorisch und personell ist sicherzustellen, daß der Bürger schnelle gerichtliche Entscheidungen bekommt;
- der rechtsunkundige Bürger muß ausreichend über Aussichten und Notwendigkeiten eines Rechtsstreits beraten werden. Die außergerichtliche Rechtsberatung sozial schwächer gestellter Bürger ist unter Einschluß der Anwaltschaft zu gewährleisten.

Durch den Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Straftäter für sein Handeln einstehen und vor allem eine Chance zur Resozialisierung erhalten. Die F.D.P. lehnt die Bestrebungen einiger Bundesländer ab, im Zuge einer Novellierung des Strafvollzugsgesetzes die Ausgestaltung des Strafvollzuges wieder weitgehend den Zielen der Vergeltung zu unterstellen.

Die F.D.P. fordert:

- die haupt- und ehrenamtliche Arbeit für und mit Strafgefangenen verdient besondere Achtung und Förderung - auch dienst- und laufbahnmäßig;
- die weitgehende Ablösung der Strafe durch Bewährungsaufgaben sowie eine Ausweitung des Täter-Opfer-Ausgleichs und den Ausbau der Bewährungshilfe für Jugendliche und Erwachsene sowie der ambulanten Dienste;
- Straftäter sind verstärkt zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen, statt auf Kosten der Steuerzahler in Vollzugsanstalten verwahrt zu werden;
- besonderer Schwerpunkt der Strafvollzugspolitik der F.D.P. bleibt der Jugendstrafvollzug. Jugendstrafrecht und Jugendstrafvollzug müssen ausschließlich vom Erziehungsgedanken geprägt sein, um das weitere Abgleiten jugendlicher Rechtsbrecher in die Kriminalität zu verhindern. Investitionen von heute sind der beste Schutz der Gesellschaft von morgen. Die F.D.P. fordert insbesondere für diesen Bereich sozialpädagogisch betreute Übergangseinrichtungen. ■■■■■

Wahlaussagen der F.D.P. in Bremen

Die Lage Bremens hat sich als Folge der absoluten Mehrheit der SPD in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Aus einem wohlhabenden Musterland bis Anfang der 70er Jahre ist ein Bittsteller mit unsicherer Zukunft geworden. Dies muß, dies kann wieder anders werden.

Bremen und Bremerhaven brauchen den Mut für einen neuen Anfang, den Mut zu einer Änderung der Politik.

- Zu einer Politik, die Schluß macht, mit der Gleichsetzung von SPD-Parteiinteresse und Allgemeinwohl, mit Postenschieberei und Genossenfilz.
- Zu einer Politik, die aufhört, andere für eigene Versäumnisse verantwortlich zu machen.
- Zu einer Politik, die von Einsparungen und Verzicht auf öffentliche Leistungen nicht nur redet, sondern sie auch tatkräftig umsetzt.
- Zu einer Politik, die erkennt, daß die Strukturschwäche unserer Region nur durch einen eindeutigen Kurs der sozialen Marktwirtschaft und nicht durch Investitionslenkung und Verstaatlichung überwunden werden kann.

- Zu einer Politik, die den Anspruch jedes einzelnen auf Entwicklung seiner Persönlichkeit anerkennt und die sich deshalb für Vielfalt und freie Wahl der Schulformen ausspricht.

- Zu einer Politik, die den Menschen nicht von der Wiege bis zur Bahre gängelt und verwaltet, sondern stattdessen Hilfe zur Selbsthilfe anbietet.

- Zu einer Politik, die sich im Zweifel für die Freiheit des Bürgers einsetzt, auch wenn dies zu Lasten staatlicher Effektivität gehen kann.

Liberales Denken und Handeln haben unseren Stadtstaat durch Jahrhunderte geprägt und sicher geleitet. Für eine solche Politik steht die F.D.P. Bremen und Bremerhaven brauchen diese Politik. Sie brauchen die F.D.P. Politische Entscheidungen fallen im Parlament. Deshalb ist es das Wahlziel der F.D.P., mit starken Fraktionen in die Bremische Bürgerschaft und die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven wieder einzuziehen.

Eine Änderung der falschen Politik der letzten Jahre kann es nur geben, wenn die Wähler der SPD die absolute Mehrheit entziehen.

